

Unsicherheit zurückzuführen und auf die hohen Schuldendienstleistungen. So wird davon ausgegangen, daß die Schuldendienstzahlungen für kommerzielle Kredite in diesem Jahr 5,149 Mrd. US\$ und im nächsten Jahr 6,442 Mrd.US\$ betragen werden. Vor diesem Hintergrund seien längerfristige Kredite schwieriger geworden und eher solche mit einer Laufzeit von drei bis fünf Jahren von den Banken bevorzugt; der Verkauf von Krediten mit einer länger als zehn Jahre dauernden Laufzeit auf dem Sekundärmarkt ist nach Einschätzung von Bankern äußerst problematisch. Der derzeit für kommerzielle Kredite anfallende Zinssatz beträgt zwischen 0,75 bis 0,88% über der Londoner Interbankenrate (Libor) zuzüglich einer Kommission von 0,12 bis 0,25%, so daß insgesamt die Rate rund ein Prozent ausmacht und damit höher als die vor Mitte 1989 festgelegte Rate von 0,60% und die Rate von 0,37% im Jahre 1988 ist.

Für das Jahr 1991 geht der Bericht davon aus, daß zwar die Bereitschaft der Banken zum Abschluß neuer Kreditgeschäfte mit China steigen, jedoch keine sehr starke Erhöhung der kommerziellen Kredite erfolgen wird. Zwar würde Japan der wichtigste Kreditgeber bleiben, doch habe insgesamt aufgrund des höher eingeschätzten Risikos und der Kreditverknappung der Wettbewerb um Kredite an China nachgelassen.

Von chinesischer Seite wird die starke Erhöhung der ausländischen Devisenreserven, die auf die hohen Exportüberschüsse zurückzuführen ist, als Garantie für die Fähigkeit zur Erfüllung der Schuldendienstleistungen angesehen und als Positionsverbesserung beim Zugang zu ausländischen Krediten. Insgesamt sollen nach Angaben von Jin Deqin, Vorsitzender der CITIC Industriebank in Beijing, die Währungsreserven wieder das Niveau von 1984 erreicht haben, als China über Devisenreserven in Höhe von 12,2 Mrd.US\$ verfügte; nach offiziellen Angaben betragen die ausländischen Währungsreserven Ende 1990 11,09 Mrd.US\$. Trotzdem wird damit gerechnet, daß China auf dem internationalen Markt weiter Kredite nachfragen wird, um die im 8.Fünfjahresplan genannten Ziele erreichen zu können, für die ein Investitionsvolumen von rd. 200 Mrd. Yuan angesetzt wird. (SCMP, 14.6.91)

Die Reaktion auf die erneute Ausgabe von Samurai-Anleihen, also von Yen-Auslandsanleihen, durch die Bank of China, wird als Testfall für die Rückkehr Chinas an die internationalen Kreditmärkte angesehen. Von der japanischen Regierung wurde bereits die Zustimmung der Ausgabe einer Yen-Anleihe in Höhe von 20 Mrd. Yen (140,8 Mio.US\$) erteilt. Diese Zustimmung signalisiert gleichzeitig das Ende aller gegen China verhängten Wirtschaftssanktionen. Yamaichi Securities werden zusammen mit Dai-Ichi Kangyo Bank Ltd. die führenden Konsortialmitglieder sein, die Emission ist für die zweite Juliwoche geplant. (XNA, 15.6.91; SMCP, 22.6.91; FT, 24.6.91)

Insgesamt haben die chinesische Banken zwischen 1982 bis 1989 Auslandsanleihen mit einem Wert von 4,25 Mrd.US\$ an den Wertpapiermärkten in London, Hongkong, Tokyo, Singapur und Frankfurt untergebracht. Hierzu sind lediglich neun Bankinstitute in China berechtigt. (XNA, 22.6.91) -schü-

\*(19)

Enttäuschende Abschlüsse für deutsche Wirtschaft

Nach Angaben von Wei Yuming, Leiter der chinesischen Einkaufsdelegation, wurden mit den europäischen Ländern insgesamt Vertragsabschlüsse im Wert von 1,5 Mrd.US\$ getätigt; ursprünglich war die Vergabe von Aufträgen im Umfang von 1 Mrd.US\$ geplant. (FAZ, 27.6.91; CD, 26.5.91)

Ziel der in der Zeit vom 1.6.-27.6.91 durchgeführten Europareise von Vertretern des Ministeriums für Wirtschaftsbeziehungen und Handel mit dem Ausland, der Staatlichen Planungskommission, des Ministeriums für Material und Ausrüstung, der Städte Shanghai, Tianjin sowie der Provinzen Fujian und Guangdong waren Verhandlungen über den Kauf von Maschinen, Ausrüstungen, Technologie, Rohstoffen für die Textil-, Bergbau-, Telekommunikations- und Energieindustrie sowie für die petrochemische Industrie.

Bei der Aufteilung des Einkaufsvolumens auf die 12 EG-Länder betrug der deutsche Anteil lediglich 140 Mio.US\$ bzw. ca. 10% des Gesamtwertes der

Abschlüsse. Der größte Anteil in Höhe von 500 Mio.US\$ entfiel auf Spanien, das Anlagen zur Herstellung von Äthylen liefern wird, der zweitgrößte Anteil von 300 Mio.US\$ auf Großbritannien.

Als Begründung für den geringen deutschen Anteil erklärte Wei Yuming insbesondere, daß die deutschen Finanzierungsbedingungen schlechter als die der europäischen Mitbewerber seien. So könne die deutsche Seite keine Mischfinanzierung aus privaten und staatlichen Krediten aus der Entwicklungshilfe aufweisen. Diese Mischfinanzierung sei Wu Yuming zufolge jedoch aufgrund der begrenzten Devisenreserven für China vorteilhafter.

Nach Angaben von Rolf Dittmar, Leiter des China-Referats im Bundeswirtschaftsministerium, wird die deutsche Entwicklungshilfe an China in diesem Jahr nicht mehr als 200 Mio.DM betragen. Dittmar wies darauf hin, daß die Entwicklungshilfe weltweit und nicht nach den Interessen eines Marktes vergeben würde und ebenso wie die Hermes-Bürgschaften den Restriktionen der Bundestagsresolution des Vorjahres unterliege. Allerdings sollte die Einkaufsdelegation auch berücksichtigen, daß China allein 1990/91 durch Textillieferungen nach Deutschland Deviseneinnahmen von 5 Mrd.DM realisieren konnte. (FAZ, 27.6.91)

Die deutsche Entwicklungshilfe an China ist in den letzten Wochen auch durch das Verhalten des Staatssekretärs im Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Siegfried Lengl, bei einem Besuch in China in die Schlagzeilen geraten. Hierbei ging es insbesondere um die "herzliche Umarmung" zwischen Ministerpräsident Li Peng und Siegfried Lengl. (FAZ, 14.6.91) -schü-

---

## Binnenwirtschaft

---

\*(20)

Dokument zur wirtschaftlichen Umstrukturierung im Jahre 1991

Die *Renmin Ribao* veröffentlichte am 21.6.91 das von der Staatlichen Reformkommission zur Umgestaltung der Wirtschaft vorgelegte und vom Staatsrat genehmigte Dokument *Kernpunkte der Reform des Wirtschaftssystems im Jahre 1991*.



Zwar wiederholt das Dokument viele der seit Monaten von der Regierung und Partei abgegebenen Erklärungen zur Wirtschaftsreform, doch erscheinen einige Punkte erwähnenswert. So wird unter Punkt II "Reform der staatlichen Betriebe" deutlich verlangt, daß die Produktion solcher Unternehmen, die andauernd Verluste machen, nicht vermarktete Produkte herstellen oder über einen unzureichenden technologischen und Managementstandard verfügten, an andere gesunde Unternehmen vertraglich weiterzugeben sei oder die ineffizienten Unternehmen mit anderen Unternehmen zusammengeschlossen werden müßten. (SWB, 26.6.91)

Zur Realisierung der technologischen Transformation in den staatlichen Unternehmen werden eine Reihe von Möglichkeiten zur Erhöhung der Finanzierungsmittel genannt. Hierzu zählt u.a., daß effizient wirtschaftende Unternehmen einen höheren Gewinnanteil zur Bildung von Investitionsfonds einbehalten können, die Abschreibungssätze erhöht werden können, die Unternehmen Obligationen ausgeben können, ausländischen Investoren der Kauf von Kapitalanteilen erlaubt sein soll, die für die technologische Transformation eingesetzt werden können etc.

Zur Bildung von Unternehmensgruppen werden solche Anreize geboten wie die Gründung von Finanzgesellschaften und die Übertragung von Rechten zum Handel mit dem Ausland.

Obwohl Hongkonger Wirtschaftsexperten im oben genannten Dokument ein deutliches Signal für mehr Wirtschaftsreformen sehen, bleibt abzuwarten, inwieweit die genannten Ziele gegen eine noch immer starke Gruppe konservativer Politiker durchsetzbar sind. (SCMP, 22.6. u.26.6.91) -schü-

\*(21)

#### Neue Zahlen für Budgetdefizit 1990

Finanzminister Wang Bingquan stellte auf der am 26.6.91 durchgeführten 20. Sitzung des Ständigen Ausschusses des 7. Nationalen Volkskongresses einen Bericht über die Implementierung der Finanzplanung 1990 vor, der veränderte Daten gegenüber seinem ersten Bericht vom 26. März d.J. [siehe hierzu C.a., März 1991, S.152/153] aufweist.

Nach Angaben von Wang Bingquan betrug das Haushaltsdefizit im letzten Jahr 13,965 Mrd. Yuan; im März-Bericht war dagegen noch ein Defizit von 15,043 Mrd. Yuan ausgewiesen. Das um rund 1 Mrd. Yuan niedrigere Haushaltsdefizit ist auf die vergleichsweise höheren Staatseinnahmen von 331,255 Mrd. Yuan zurückzuführen, die nach den März-Angaben nur 324,478 Mrd. Yuan betragen hatten. Die Staatsausgaben belaufen sich nunmehr auf 345,220 Mrd. Yuan; im März-Bericht waren noch 339,521 Mrd. Yuan angegeben. (SWB, 29.6.91)

Zwar ist das offizielle Haushaltsdefizit in Relation zu den Staatseinnahmen noch relativ gering, doch werden von chinesischer Seite nicht die in- und ausländischen Kredite bei der Berechnung des Haushaltsdefizits berücksichtigt. Werden nach den vom Internationalen Währungsfonds aufgestellten Kriterien auch die von China im In- und Ausland aufgenommenen Kredite als Ausgaben behandelt, dann beläuft sich das Haushaltsdefizit auf rund 50 Mrd. Yuan. (IHT, 28.6.91) -schü-

\*(22)

#### Ausgabenanstieg öffentlicher Institutionen

Die Leitungsgruppe zur Ausgabenkontrolle öffentlicher Institutionen (d.h. Verwaltung und staatliche Unternehmen) hat in einem dringlichen Rundschreiben alle lokalen Verwaltungseinheiten und Abteilungen aufgefordert, die Kontrolle über den institutionellen Konsum zu erhöhen.

Das Rundschreiben weist darauf hin, daß einige Einheiten seit dem letzten Jahr ihren Konsum wieder stark gesteigert hätten. Weit verbreitet sei die Erscheinung, daß "neue Dinge und ausländische Produkte" verlangt würden und eine "Jagd nach hochwertigen Konsumgütern" bestände, ohne daß die nationale Situation berücksichtigt werde. Aus diesem Grunde müsse der Kauf von nicht-produktiven Gütern durch Institutionen verhindert und ein erneuter Verlust über die Kontrolle der Ausgaben vermieden werden.

Die lokalen Leiter aller Ebenen werden im Rundschreiben dazu aufgerufen, ihren Schwerpunkt bei der augenblicklichen Verbesserung des wirtschaftlichen Umfeldes und der Ausrichtung der Wirtschaft auf die Ver-

meidung einer wirtschaftlichen Überhitzung durch nicht-produktiven Konsum zu legen. Zwar habe die Zentralregierung im letzten Jahr zur Stimulierung der Marktnachfrage die Prüfung und Genehmigung beim Kauf hochwertiger Konsumgüter wie beispielsweise Pkw gelockert, doch sei nunmehr wieder eine Rückkehr zu einer stärkeren Kontrolle notwendig, soweit nicht bereits genehmigte Neuanschaffungen davon betroffen wären. Im allgemeinen dürfe den Verwaltungseinheiten keine Genehmigung mehr für den Kauf neuer Ausstattungen erteilt werden. Anträge zum Kauf von Produkten, die der staatlichen Kontrolle unterliegen, durch ineffiziente staatliche Unternehmen, Unternehmen, die Verluste machen, und Unternehmen, die keine Steuern und Gewinne an den Staat abliefern, sollen eingeschränkt bzw. nicht genehmigt werden. Der Kauf von hochwertigen Konsumgütern wie Pkw, Motorrädern, Klimaanlage, Videokameras, Farb-TV etc., deren Preis über 10.000 Yuan liegt, muß durch die Verwaltungsebenen auf Provinzniveau genehmigt werden. (SWB, 28.6.91)

Die erneute stärkere Kontrolle über das "großzügige" Ausgabeverhalten der staatlichen Funktionäre ist einerseits vor dem Hintergrund der insgesamt seit einigen Monaten erhöhten Inflation und zunehmenden erneuten Überhitzung der Wirtschaft zu sehen. So befürchtet die Regierung durch eine zusätzliche Steigerung der Nachfrage nach knappen Konsumgütern durch staatliche Institutionen einen weiteren Preisaufrtrieb. Dies war in den Jahren 1987/88 der Fall und verstärkte den allgemeinen Inflationsschub. Für den Monat Mai wird eine Erhöhung der Inflation um 4,5% gegenüber dem Vorjahresmonat angegeben. Die Konsumentenpreise in den größten Städten stiegen im Mai um 8,9% gegenüber der Vorjahresperiode. (SCMP, 1.7.91) -schü-

\*(23)

#### Verluste in staatlichen Unternehmen höher als ausgewiesen

Einem Bericht der *Jingji Ribao* zufolge, sind die tatsächlichen Verluste in den staatlichen Industrieunternehmen wesentlich höher als die in den Geschäftsbüchern ausgewiesenen. Dies sei deshalb der Fall, weil weder alle Produktionskosten noch die verschwendeten Rohmaterialien und



schadhaften Produkte in der betrieblichen Rechnungsführung berücksichtigt würden.

In dem Bericht der Wirtschaftszeitung wird auf eine Untersuchung der chinesischen Industrie- und Handelsbank in 10.000 staatlichen Unternehmen hingewiesen, bei der neben den in den Rechnungsbüchern ausgewiesenen Einbußen darüber hinaus versteckte Verluste von fast 11 Mrd. Yuan im letzten Jahr festgestellt wurden.

Einige der untersuchten Unternehmen gaben anstelle von Verlusten falsche Gewinne an, die für die Zahlung von Wohlfahrtsleistungen und Bonussen an die Belegschaft verwandt wurden. So erwirtschaftete beispielsweise ein Unternehmen in Jiaying, Provinz Zhejiang, tatsächliche Verluste in Höhe von 1,5 Mio. Yuan in einem Jahr, während die Geschäftsbücher einen Gewinn von 970.000 Yuan auswiesen. Hierfür wurde der Unternehmensleitung eine "Belohnung" von 11.900 Yuan vom "Unternehmensgewinn" und 2.000 Yuan von der lokalen Regierungsverwaltung gezahlt.

Auch über falsche Angaben über den Wert ihrer Lagerbestände verdeckten die untersuchten Unternehmen ihre Verluste. So war in 17 Unternehmen in der Provinz Zhejiang der tatsächliche Wert der Lagerbestände von Fertigprodukten um 25 Mio. Yuan niedriger als der in den Geschäftsbüchern angegebene.

Als wesentliche Gründe für "versteckte Verluste" wurden in der Untersuchung genannt:

1. Bestimmungen zur Rechnungslegung bzw. zu Buchführungs- und Bilanzierungsvorschriften waren unzureichend. Aufgrund der nur beschränkt durchgesetzten Unternehmensreform bildete sich eine kurzfristige Sichtweise der Unternehmensleiter aus. Diese verschwiegen die Verluste, da sie durch ein Offenlegen der Verluste befürchten mußten, daß sowohl die Einkommen der Belegschaft als auch ihre persönlichen Erfolge gefährdet würden.
2. In einigen mangelhaft geführten Unternehmen fehlten eindeutige Regeln zur Lagerhaltung von Rohstoffen und Fertigprodukten, zur

Qualitätskontrolle und zum Rechnungswesen, dies führte zu hohen Verlusten.

3. Durch den schleppenden Produktabsatz stiegen die Lagerhaltung und die Verluste.
4. In den letzten Jahren hatten die Unternehmen deutlich mehr an Steuern und zusätzlichen Abgaben an den Staat abzuführen, während staatliche Materialzuweisungen unzureichend waren. Neben den rückläufigen Gewinnen trug dies zur Erhöhung der Verluste bei.
5. Aufgrund des mangelhaften Rechtssystems konnten die Unternehmen falsche Angaben über Gewinne zu machen, da ihre Angaben nicht überprüft bzw. bestehende rechtliche Bestimmungen zur Sanktion der Unternehmen nicht angewandt wurden.
6. Auch das System der Vergabe von Krediten hat zur Steigerung von verdeckten Verlusten beigetragen. Da befürchtet wurde, daß der Zusammenbruch von Unternehmen die soziale Instabilität erhöhen würde, mußten die Banken an staatliche Unternehmen Kredite vergeben, ohne deren Kreditwürdigkeit zu überprüfen. Aus diesem Grunde waren Unternehmen in der Lage, ihre Verluste durch Kredite zu decken. Untersuchungen zeigten, daß ein beträchtlicher Teil der staatlichen Unternehmen ohne diese Kredite Bankrott hätte anmelden müssen.

Aufgrund der falschen Angaben über die Unternehmensverluste sieht die *Jingji Ribao* Probleme für die Wirksamkeit der makroökonomischen Planung. Die Wirtschaftszeitung fordert, daß die Finanzabteilungen auf den Regierungsebenen, die Banken und die zuständigen Stellen der Wirtschaftsprüfung die notwendigen Kontrollmaßnahmen durchführen sollten und daß das "Frisieren" der Geschäftsbücher hart bestraft werden müßte. Darüber hinaus wird die Verbesserung der rechtlichen Bestimmungen zu Rechnungsführung und Finanzbuchhaltung als notwendig angesehen. (CD, 31.5.91)

Auch für einen großen Teil der nicht-staatlichen Unternehmen muß mit ähnlichen Problemen gerechnet wer-

den. Zwar gibt es in China seit einigen Jahren Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, doch unterstehen diese der Leitung der staatlichen Abteilung für Wirtschaftsprüfung. Die staatliche Kontrolle über die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften hat nach Einschätzung ausländischer Experten dazu geführt, daß die Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit der Wirtschaftsprüfer untergraben wurde. Lediglich in den ausländischen Unternehmen in China erfolge die Rechnungsführung und Finanzbuchhaltung nach internationalem Standard. (SCMP, 4.4.91)

Ein weiteres Problem sehen ausländische Finanzexperten auch darin, daß betriebswirtschaftliche Unternehmensdaten nicht öffentlich gemacht werden, insbesondere trafe dies für die Unternehmen in Nordchina zu. Zusammen mit den wenig vertrauenswürdigen Bewertungen von Unternehmen durch Wirtschaftsprüfer sei die fehlende Offenlegung von vergleichbaren Finanzdaten auch in der Zukunft ein Hindernis für die Unternehmen, die über Aktienmärkte in Shanghai und Shenzhen auch das Interesse ausländischer Kapitalanleger auf sich ziehen wollen. (SCMP, 20.5.91) -schü-

\*(24)

#### Ländliche Beschäftigungskrise

Die Städte Beijing, Shanghai, Tianjin, Wuhan, Harbin und Guangzhou erlebten in den letzten Wochen eine starke Migration ländlicher Arbeitskräfte. Der Aufruf an die Bauern, nicht "blind" in die Städte zu strömen, ist nach Einschätzung der *Gongren Ribao* aufgrund der hohen ländlichen Arbeitslosigkeit wenig erfolgreich geblieben. Nur wenn für die derzeit rund 100 Mio. überschüssigen Arbeitskräfte nicht-landwirtschaftliche Beschäftigungsmöglichkeiten in den ländlichen Gebieten geschaffen würden, sei mit einer tatsächlichen Lösung des Problems zu rechnen. (SWB, 30.3.91; *Gongren Ribao*, 3.3.91)

Vor dem Hintergrund von 2 Mio. Migranten in der Stadt Shanghai hat das Parteikomitee von Shanghai Ende Mai eine stärkere Zuwanderungskontrolle gefordert. Diese sei notwendig, sollten nicht die Erfolge Shanghais bei der Reform und außenwirtschaftlichen Öffnung gefährdet werden. Besonders die hohe Kriminalitätsrate unter den



Migranten wird als destabilisierender Faktor eingeschätzt. So waren nach Angaben der Abteilung für Öffentliche Sicherheit im letzten Jahr ein Drittel der Straffälligen Nicht-Shanghai, die auch 40% der zum Tode verurteilten Kriminellen stellten. (SWB, 30.5.91)

Wie die *China Daily* am 21.6.1991 berichtete, stand die Frage nach der Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für die überschüssigen ländlichen Arbeitskräfte auch im Mittelpunkt einer gemeinsamen Tagung von Vertretern des Arbeitsministeriums, des Landwirtschaftsministeriums sowie von Experten des Forschungszentrums beim Staatsrat. Nach Angaben von Chen Xiwen vom Forschungszentrum wurden Maßnahmen zur Behebung der ländlichen Beschäftigungskrise diskutiert und verabschiedet, u.a. die Durchführung von 22 experimentellen ländlichen Beschäftigungsprojekten, von denen einige bereits angelaufen sind. Die Projekte werden in verschiedenen ländlichen Gebieten durchgeführt. Beispielsweise betrifft ein Projekt die Koordinierung des Arbeitskräfteexports von Sichuan nach Guangdong.

Von welcher Bedeutung die Beschäftigung in den Städten für die ländliche Bevölkerung ist, wird am Beispiel der Einkommenstransfers aus den prosperierenden Küstengebieten in die Dörfer im Einzugsgebiet der Stadt Xianyang in der Provinz Shaanxi im Nordwesten Chinas deutlich. So arbeiteten zwischen 1988 und April 1991 rund 5.000 ländliche Arbeitskräfte aus den Dörfern im Umkreis der Stadt Xianyang, zu 80% Frauen, in 42 Unternehmen mit ausländischem Kapital in den Provinzen Guangdong, in Shanghai und anderen Küstengebieten. Das jährliche Einkommen dieser Arbeitskräfte betrug zwischen 2.500 bis 5.000 Yuan; insgesamt überwiesen sie fast 10 Mio. Yuan pro Jahr in ihre Heimatdörfer. Im Dorf Qijiapo beispielsweise arbeiteten allein 90 Arbeitskräfte in anderen Provinzen, die jährlich insgesamt über 60.000 Yuan an ihre Familien senden konnten. Die guten Verdienstmöglichkeiten stellten einen Anreiz für die übrigen ländlichen Bewohner Xianyangs dar, ebenfalls in den Küstenprovinzen, insbesondere in Guangdong und in Shanghai, nach Arbeit zu suchen. (XNA, 24.5.91)

Die *China Daily* weist in einem Artikel vom 21.6.91 darauf hin, daß die Berechnungsmethoden zur Bestimmung

der überschüssigen ländlichen Arbeitskräftezahl stark voneinander abwichen und bei einer Gesamtzahl der ländlichen Arbeitskräfte von rund 400 Mio. zwischen 100 Mio. bis 210 Mio. Personen schwankten. Eine der üblichen Methoden basiere auf der Berechnung von Arbeitstagen. Für die Bewirtschaftung von einer Flächeneinheit Mu (0,066 ha) seien pro Jahr im Durchschnitt 25 Arbeitstage erforderlich, in den nördlichen Weizenanbaugebieten durchschnittlich 20 Arbeitstage und in den südlichen Reisanbaugebieten 30 Tage. Ist eine ländliche Arbeitskraft an 200 Tagen beschäftigt, könne durch sie 8 Mu (0,53 ha) und bei einer Beschäftigung an 250 Tagen 10 Mu (0,67 ha) Ackerland bewirtschaftet werden. Nach Abzug der bereits in nicht-landwirtschaftlichen Bereichen tätigen Arbeitskräfte verblieben rund 300 Mio. Personen als eigentliche landwirtschaftliche Arbeitskräfte. Um diese im Feldbau beschäftigen zu können, wäre eine Anbaufläche von 2,4 Mrd. Mu (0,16 Mrd. ha) notwendig. Jedoch verfüge China nur über eine Anbaufläche von 1,5 Mrd. Mu (0,1 Mrd. ha), so daß aus diesem Grund 90 bis 112,5 Mio. Personen als überschüssige Arbeitskräfte bezeichnet werden könnten. Bis zum Jahre 2000 sei damit zu rechnen, daß zwar die Zahl der nicht-landwirtschaftlichen Arbeitskräfte auf 130 Mio. Personen steigen, sich jedoch auch die Anzahl der überschüssigen ländlichen Arbeitskräfte auf 146 bis 182,5 Mio. Personen erhöhen würde. (CD, 21.6.91) -schü-

\*(25)

#### Hohe Verluste durch Überschwemmungen

Die durch die anhaltenden starken Regenfälle seit Anfang Juni d.J. hervorgerufenen Überschwemmungen haben nach offiziellen Angaben in 15 Provinzen und Städten Hunderte von Menschenleben gekostet, Millionen Bauern obdachlos gemacht sowie einen großen Teil der Sommerernte zerstört.

Am stärksten betroffen von den Überschwemmungen waren die Provinzen und Städte am Yangtze, am Huai- und Hai-Fluß sowie die Gebiete im Einzugsbereich des Tai-Sees im Süden der Provinz Jiangsu.

In der Provinz Anhui beispielsweise waren rund 16 Mio. Menschen den Folgen der Überschwemmungen des Hai-Flusses ausgesetzt und im weite-

ren Einzugsgebiet des Flusses weitere 4,3 Mio. Menschen. Insgesamt kamen 116 Personen ums Leben, 942 wurden verletzt und es entstand ein wirtschaftlicher Schaden von ca. 4,17 Mrd. Yuan (ca. 800 Mio. US\$), da rd. 800.000 Häuser und Hunderte von Infrastruktureinrichtungen zerstört wurden. Der Umfang der von Überschwemmungen beeinträchtigten Anbauflächen betrug 2,9 Mio. ha, und es wird damit gerechnet, daß der Getreideoutput in 85% des betroffenen Überschwemmungsgebiete um mehr als ein Drittel zurückgehen wird; durch die Überflutungen wurden bereits 2,7 Mrd. kg Getreide weggespült. Die Zentralregierung hat der Provinz Anhui eine finanzielle Unterstützung von 15 Mio. Yuan zugesagt. (XNA, 28.6.91)

Nach einem Bericht der *China Daily* vom 22.6.91 sollen die Überschwemmungen in Anhui und Jiangsu insgesamt rund 400 Menschenleben gekostet haben. Aufgrund der extrem starken Regenfälle in den Einzugsgebieten des Yangtze und des Huai-Flusses in den Provinzen Anhui und Jiangsu stieg der Wasserpegel der Seen und Flüsse derart an, daß die Öffnung von Flutschleusen notwendig wurde, um einen Teil der Wassermassen umzuleiten. Ziel dieser Maßnahme war der Schutz der in einem größeren Gebiet am Huai-Fluß in den Provinzen Anhui, Jiangsu und Henan lebenden 10 Mio. Menschen, der dort befindlichen Kohlegruben, Kraftwerke und Eisenbahnstrecken und einer landwirtschaftlichen Anbaufläche von 670.000 ha. Hierfür mußten 200.000 Menschen aus den zu überflutenden Gebieten evakuiert werden.

Einem Bericht der *RMRB* vom 7.7.91 zufolge, wurde auch die Öffnung der Flutschleusen des Taipu-Dammes am Tai-See notwendig, um die Überflutungsgefahr am unteren Yangtze zu reduzieren. Der Wasserpegel des größten Sees in Ostchina war auf 4,55 m angestiegen und erreichte damit fast den höchsten Pegelstand von 4,65 m des Jahres 1954. Die durch heftige Regenfälle verursachte Steigung des Wasserstandes im Tai-See führte bereits zu einer Überschwemmung von 340.000 ha Ackerland und bedrohte die Städte Suzhou und Wuxi. Um den Pegelstand zu reduzieren, wurden pro Tag aus dem Tai-See 8,64 Mio. cm Wasser ausgeflutet und auf die Gebiete um Hangzhou, Jiaying und Huzhou in der Provinz Zhejiang sowie auf die Kreise Qingpu, Songjiang, Jinshan und Feng,



die zur Vorstadt von Shanghai zählen, verteilt. (CD, 28.6.91) Trotzdem wurden Anfang Juli in der Stadt Wuxi 1.170 Gebäude zerstört und 46.000 ha Reisland überschwemmt. In Suzhou waren die Schäden sogar noch größer, da 150.000 ha Anbaufläche überflutet und 5.000 Gebäude zerstört wurden sowie 2.600 Fabriken ihre Produktion einstellen mußten. (CD, 5.7.91)

In der Provinz Sichuan kamen durch die extremen Regenfälle und Überschwemmungen Anfang Juli 121 Menschen ums Leben und 3.400 wurden verletzt; die materiellen Schäden umfaßten die Zerstörung von 700.000 ha Ackerland, von 200.000 t Getreide und 14.000 Stück Vieh sowie von rund 200.000 Häusern. (CD, 5.7.91)

Das gesamte Ausmaß der Schäden war bis Mitte Juli noch nicht absehbar, da ein Teil der überschwemmten Gebiete von der Außenwelt abgeschlossen war. Die Überschwemmungen richteten jedoch nicht nur Verwüstungen in den ländlichen Gebieten an, sondern auch die Großstädte Wuhan, Hefei, Nanjing, Suzhou und Wuxi wurden dadurch in unterschiedlichem Ausmaß betroffen.

Nach offiziellen Angaben wird noch mit weiteren Überschwemmungen gerechnet, da der Juli und August als eigentliche Hochwassersaison gelten. Um die Überschwemmungen wirkungsvoll zu bekämpfen, forderte der stellvertretende Ministerpräsident Tian Jiyun auf der zweiten Tagung des staatlichen Hochwasserschutz-Oberkommandos die Stärkung der bestehenden Projekte zum Hochwasserschutz. Problematisch sei nach Tian hierbei jedoch u.a., daß eine Anzahl von Deichen veraltet und reparaturbedürftig sei und andere Hochwasserschutzanlagen aufgrund ihrer mangelhaften Konstruktion unzureichend seien. Weiterhin hätten in der Vergangenheit zwischen den verschiedenen Regionen Auseinandersetzungen über die Wasserressourcen bestanden, die eine Übernahme von Verantwortung in diesem Bereich verhindert habe. (SWB, 5.7.91)

Zur Unterstützung der von Überschwemmungen betroffenen Gebiete haben die Vereinten Nationen auf den Appell der chinesischen Regierung hin Anfang Juli eine erste Katastrophenhilfe in Höhe von 70.000 US\$ zur Verfügung gestellt. (FAZ, 19.7.91) -schü-

#### \*(26) Umweltkonferenz in Beijing

Am 14.6.1991 wurde in Beijing eine 6-tägige Ministerkonferenz der Entwicklungsländer zur Umwelt und Entwicklung eröffnet. An dieser Konferenz nahmen außer 41 Entwicklungsländer auch acht Industrieländer einschließlich USA, Japan und Großbritannien sowie 13 internationale Organisationen teil. (SWB, 17.6.91)

In ihrer gemeinsamen Erklärung am Ende der Konferenz forderten die Vertreter der Entwicklungsländer, die Behandlung von Umweltproblemen nicht von der Frage der wirtschaftlichen Entwicklung zu trennen. So müßte das Recht der Entwicklungsländer auf Wirtschaftswachstum anerkannt werden, und Maßnahmen zur globalen Umweltsituation sollten der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder dienen. Insbesondere seien die Anstrengungen der Entwicklungsländer bei der Verbesserung ihrer institutionellen und technologischen Fähigkeiten zu fördern. Wichtig sei jedoch, daß jedes Entwicklungsland aufgrund seiner besonderen Bedingungen und Bedürfnisse das Tempo der Wandels selbst bestimmen kann.

Die Vertreter der Entwicklungsländer wiesen darauf hin, daß Umweltprobleme durch Armut begründet würden und daß der Einsatz veralteter Produktionstechnologien in Ländern der Dritten Welt, die aus den Industrieländern stammten, zur Umweltzerstörung beitrage. Diese wiederum wirke sich nicht nur auf den Entwicklungsprozeß in den Ländern der Dritten Welt, sondern auch global aus. Ein Ausbrechen aus diesem Kreislauf der Armut und Umweltzerstörung könne der Erklärung der Ministerkonferenz nach nur durch anhaltende Entwicklung und stetiges Wirtschaftswachstum sowie durch die Stärkung der Fähigkeiten der Entwicklungsländer, die Umwelt zu schützen, erreicht werden. Allerdings sei dieses Ziel nur zu realisieren, wenn die von den Entwicklungsländern als ungerecht betrachtete internationale Wirtschaftsordnung verändert werde; dies sei notwendig für die globale Kooperation im Umweltschutz.

In der Erklärung wird zwar der Schutz der Umwelt als gemeinsames Interesse der internationalen Gemeinschaft betrachtet, doch werden die Industrie-

länder als Hauptverantwortliche für die Umweltzerstörung bezeichnet, da sie die natürlichen Ressourcen überproportional in Anspruch nehmen und damit die Länder der Dritten Welt belasten würden. Aus diesem Grund und weil die Industrieländer über höhere finanzielle Mittel und größere technologische Fähigkeiten verfügten, sollten sie auch die Hauptlast tragen und die Entwicklungsländer bei der Lösung ihrer Umweltprobleme unterstützen. Dementsprechend fordern die Entwicklungsländer, daß die Industrieländer zu einem umfassenden Technologietransfer und Errichtung eines Unterstützungsfonds bereit sind. Für die im Jahre 1992 stattfindende Konferenz der UN zur Umwelt und Entwicklung schlugen die Entwicklungsländer vor, auch andere Bereiche wie Handels-, Finanz- und Technologiefragen zu diskutieren. (XNA, 21.6.91)

In einer Stellungnahme zur Konferenz wiederholte Ministerpräsident Li Peng die oben ausgeführten Argumente der Ministerrunde und ergänzte sie durch die Warnung, daß die Entwicklungsländer nicht denselben verhängnisvollen Weg wie die Industrieländer für ihre Wirtschaftsentwicklung einschlagen dürften. So hätten die Industrieländer nur auf Kosten von Umweltkatastrophen ihr wirtschaftliches Entwicklungsniveau erreichen können, statt eine harmonische Entwicklung von Wirtschaftswachstum und Umweltschutz zu realisieren. (XNA, 19.6.91) Daß auch China nicht diesen "verhängnisvollen Weg der Industrieländer" beschreite, erklärte Lu Youmei, stellvertretender Minister für Energie. Statt dessen würde China sowohl die wirtschaftliche Entwicklung als auch den Umweltschutz gleich stark betonen. (SWB, 12.6.91)

Ein Blick auf den Bericht des chinesischen Umweltschutzamtes für das Jahr 1990 bietet allerdings ein anderes Bild der Umweltsituation in China. Der am 5.6.91 in *Renmin Ribao* veröffentlichte Bericht zeichnet ein erschreckendes Bild von der Zerstörung der natürlichen Ressourcen in China und stellt damit die offizielle Umweltpolitik in Frage. Hierzu zählt beispielsweise die Erhöhung der Luftverschmutzung und die Ausweitung des sauren Regens auf den Südwesten und den Süden Chinas. Auch die Verschmutzung der Wasserressourcen durch unzureichend gereinigte Industrie- und Haushaltsabwäs-



## CHINA aktuell

ser erhöhte sich; hiervon waren nicht nur die Flüsse, sondern durch die verstärkte Industrialisierung in den Küstengebieten auch die Meere betroffen. Auch die Lärmbelästigung in den Städten stieg im letzten Jahr weiter an. Problematisch erscheint weiterhin die zunehmende Bodenerosion, die bereits 15,6% des Gesamtgebietes Chinas und 30% des Ackerlandes betrifft. Im Bericht des Umweltschutzamtes werden die Gründe hierfür genannt: Einsatz von Chemikalien, Wirkung von Pestiziden, chemischem Dünger und Plastikfolien [die für die Fröhpflanzung eingesetzt werden].

Im Bericht des Umweltschutzamtes wird auch auf die Veränderung der klimatischen Verhältnisse in China eingegangen. So wurde festgestellt, daß die durchschnittliche Temperatur in Nordchina in den letzten zehn Jahren um 0,1 bis 1 Grad höher war als in den vorangegangenen 30 Jahren; in den meisten Gebieten im Nordosten, in der Inneren Mongolei und im nördlichen Teil der Provinz Xinjiang stiegen die Temperaturen sogar um 1 bis 3 Grad. (SWB, 26.6.91)

Die Folgen der Umweltzerstörung und die mit dem Treibhaus-Effekt verbundenen Auswirkungen für China werden in einem Bericht der *China Daily* vom 5.6.91 analysiert. Danach würden durch die klimatischen Veränderungen in China die Naturkatastrophen verstärkt und die landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen beeinflusst. Allerdings weist der Bericht auch indirekt darauf hin, daß China wesentlich hierzu beiträgt, da Chinas Energieresourcen zu 76% aus Kohle bestehen. Die Energienutzungsrate in China liegt jedoch bei lediglich 30%, während Länder wie Japan und die USA 50% aufweisen. Für die Erstellung des Pro-Kopf-Bruttosozialprodukts verbraucht China 5,3mal so viel Energie wie Japan und selbst 1,7mal so viel wie die UdSSR. (CD, 11.10.90) Im internationalen Vergleich ist China bereits der viertgrößte Produzent von Treibhausgasen; außerdem weist die chinesische Kohle einen hohen Grad an Schwefel auf, der als wesentlicher Bestandteil für den sauren Regen gilt. (AWSJ, 6.6.91) -schü-

---

## Taiwan

---

**\*(27)**  
**Rückkehr der Opposition ins Parlament**

Die oppositionellen Abgeordneten der Minjindang (MJD) kehrten nach einem siebenwöchigen Boykott am 4. Juni wieder in den Gesetzgebungs Yuan (Parlament) zurück. (LHB und CP, 5.6.91; ZYRB, 6.6.91) Wie berichtet (C.a. April 1991, Ü 30, S.225), hat die MJD-Fraktion im Gesetzgebungs Yuan am 16. April aus Solidarität gegenüber den Parteigenossen in anderen Volksvertretungsorganen die parlamentarische Arbeit niedergelegt, um damit gegen die betagten Abgeordneten, die seit 1947/48 ihr Mandat noch immer nicht abgegeben haben, zu demonstrieren. Auf einer Sitzung am 23. Mai hatte die Fraktion mit einer knappen Mehrheit von acht gegen sieben Stimmen bei zwei Enthaltungen und drei durch Abwesenheit nicht abgegebenen Stimmen die Beendigung des Boykotts beschlossen. (LHB, 24.5.91)

Infolge des Fernbleibens der MJD-Abgeordneten konnte der Etat der Zentralregierung für das Fiskaljahr 1992 (Juli 1991 bis Juni 1992) vom Gesetzgebungs Yuan ohne Störung verabschiedet werden. (S. C.a. Mai 1991, Ü 23, S.280 f.) Als die oppositionellen Mitglieder am 4. Juni in den Sitzungssaal zurückkehrten, geriet das Haus wieder in ein Chaos. Die MJD-Abgeordneten verlangten den Rücktritt des Gesetzgebungs Yuan-Präsidenten Liang Surong (Liang Su-yong, 71), der zu den oben genannten betagten Abgeordneten gehört. Die Sitzung war somit schon vor Beginn gescheitert. Am 7. Juni setzte die Opposition während einer Parlamentssitzung ihre Angriffe gegen Liang fort. Mit einstündiger Verspätung konnte Ministerpräsident Hao Bocu (Hau Pei-tsun) seine Rede über den Zusatzetat beginnen. (CP und LHB, 8.6.91)

Im Gesetzgebungs Yuan hat die MJD nur noch 20 Sitze. Am 3. Juni trat der Abgeordnete Lin Zhengjie (Lin Cheng-chieh, 37) aus der Partei aus,

weil er mit dem zunehmenden Trend für die Unabhängigkeit Taiwans (d.h. Aufgabe der Politik für die chinesische Wiedervereinigung) innerhalb der Partei nicht einverstanden ist. (LHB und CP, 3.6.91) Aus dem gleichen Grund waren vor ihm schon zwei andere MJD-Abgeordnete, Fei Xiping und Zhu Gaozheng, 1988 bzw. 1990 aus der Partei ausgeschieden. Alle drei sind Gründungsmitglieder der Partei. Lin und Fei sind "Festländer", und Fei gehörte außerdem zu den "betagten" Abgeordneten. -ni-

**\*(28)**  
**Prominenter Dissident im Exil von Steckbrief gestrichen**

Die Staatsanwaltschaft hat am 4. Juni die Anweisung zur Verfolgung des steckbrieflich gesuchten prominenten Dissidenten Peng Mingmin aufgehoben. Peng war Professor für Völkerrecht an der renommierten Nationalen Taiwan-Universität in Taipei gewesen. 1964 wurde er wegen Verteilung von Flugblättern für die Unabhängigkeit Taiwans (d.h. Verzicht auf die Wiedervereinigung mit dem chinesischen Festland) verhaftet und vom Militärgericht zu acht Jahren Haft verurteilt. Später wurde er vom damaligen Präsidenten Jiang Jieshi (Chiang Kai-shek) begnadigt und frühzeitig aus dem Gefängnis entlassen, stand jedoch unter Hausarrest. Anfang 1970 konnte er trotz strenger Überwachung durch die Sicherheitsbehörden aus Taiwan fliehen.

Zunächst hielt er sich in Schweden auf, dann übersiedelte er in die USA. 1972 wurde er zum Vorsitzenden der Allianz für die Unabhängigkeit Taiwans mit Sitz in den USA gewählt. Später soll er aus der Allianz ausgetreten sein, weil er mit dem immer mehr auf bewaffnete Revolution orientierten Kurs der Organisation nicht einverstanden war. 1986-1989 war er Vorsitzender von FAPA, einer Lobby-Organisation von in den USA lebenden taiwanesischen Intellektuellen für politische Reformen in Taiwan. Im Februar 1990 gründete er eine neue Gesellschaft mit dem Namen Yatai Minzhu-Xiehui (Vereinigung für Demokratie in Asien und Pazifik), dessen Vorsitzender er bislang ist.